

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - BSS/017(VI)/16			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	Dienstag, 12.01.2016	Hansesaal	16:30 Uhr	20:00 Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 01.12.2015
- 4 Beschulung von Migranten
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Fortschreibung Schulentwicklungsplan allgemein bildende Schulen/Veränderung von Schulbezirken  
BE: FB 40 DS0509/15
- 6 Anträge
- 6.1 Fehlende Spielplätze in Sudenburg A0105/15

6.2	Fehlende Spielplätze in Sudenburg BE: SFM	S0247/15
6.3	Aktualisiertes Raumprogramm am Schulstandort Helmstedter Straße/Amsdorfstraße	A0133/15
6.4	Aktualisiertes Raumprogramm am Schulstandort Helmstedter Straße/Amsdorfstraße BE: FB 40	S0276/15
7	Informationen	
7.1	Auswertung der Befragungen von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe und Eltern zur Situation von lesbischen, schwulen und transgender Kindern und Jugendlichen in der Landeshauptstadt Magdeburg 2015 BE: Amt 16	I0307/15
7.2	Zuwegung zur Sudenburger Streuobstwiese BE: FB 40	I0332/15
7.3	Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung BE: FB 40	I0334/15
8	Verschiedenes	

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Bernd Heynemann

**Mitglieder des Gremiums**

Gunter Schindehütte

Christian Hausmann

Birgit Steinmetz i. V. Günther Kräuter

Hans-Joachim Mewes

Oliver Müller

Jürgen Canehl

**Sachkundige Einwohner/innen**

Anke Jäger

Dr. Joachim Köhler

René Osselmann

**Geschäftsführung**

Diana Knobbe

Abwesend:

**Mitglieder des Gremiums**

Günther Kräuter - entschuldigt

## Öffentliche Sitzung

---

### 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

**Der Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträte, die sachkundigen Einwohner, die Verwaltung sowie zahlreiche Gäste. Er wünscht allen ein gutes, gesundes und erfolgreiches Jahr 2016 und hofft auf eine weitere gute Zusammenarbeit.

Der Ausschuss ist mit 7 anwesenden Stadträten beschlussfähig. Frau Steinmetz verlässt gegen 19:30 Uhr die Sitzung.

### 2. Bestätigung der Tagesordnung

---

**Stadtrat Canehl** bittet darum, die DS 0509715 „Fortschreibung Schulentwicklungsplan...“ und die I0334/15 „Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung“ gemeinsam zu beraten.

**Der Vorsitzende** empfiehlt, die I0307/15 „Auswertung der Befragungen von Fachkräften...“ zu Beginn der Sitzung vorzustellen, damit Frau Ponitka, Amt 16, diese Information noch im Finanz- und Grundstücksausschuss einbringen kann, der ebenfalls heute tagt.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit **7:0:0 Stimmen** bestätigt.

### 3. Genehmigung der Niederschrift vom 01.12.2015

---

Die Niederschrift vom 01.12.2015 wird mit **6:0:1 Stimmen** bestätigt.

### 4. Beschulung von Migranten

---

**Herr Krüger, FBL 40**, informiert, dass eine Arbeitsgruppe, bestehend aus dem Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit, dem Landesschulamt und dem Fachbereich Schule und Sport, gegründet wurde, um die Verteilung der Schüler auf die Schulstandorte zu verbessern. Es sind aber noch keine konkreten Zahlen benennbar.

**Stadtrat Mewes** fragt nach, ob die ca. 600 Schüler jetzt auf die Schulen gleichmäßig verteilt werden, um Ballungen zu vermeiden. Er bittet die Verwaltung, bis zur nächsten Sitzung des BSS eine Übersicht vorzulegen.

**Herr Krüger** weist darauf hin, dass Ballungen nicht gänzlich vermieden werden können. Ziel ist eine Entlastung solcher Standorte.

**Stadtrat Canehl** interessiert, wie oft sich die Arbeitsgruppe bereits getroffen hat. Außerdem möchte er wissen, nach welchen Kriterien die Überweisung erfolgt, z. B. geographisch, sprachlich, ethnisch...

**Herr Krüger** informiert, dass bisher drei gemeinsame Sitzungen stattgefunden haben. Die Überweisung der Schüler an die Schulen erfolgt durch das Landesschulamt in Abstimmung mit dem Fachbereich Schule und Sport. Das Landesschulamt ermittelt dabei die Kriterien und der Fachbereich ist nur für die Räumlichkeiten zuständig.

**Stadtrat Schindehütte** findet es sinnvoll, die Schüler nach Nationalität und dem Fortschritt der Bildung zu ordnen.

**Herr Dr. Köhler** hat mit Lehrern gesprochen und es gibt von dort Klagen, dass die deutsche Sprache teilweise nicht gelernt werden will und dass der Unterricht nicht regelmäßig besucht wird. Welche Maßnahmen werden hier ergriffen?

**Herr Krüger** erläutert, dass z. B. bei Feststellung von Schulbummelei durch die Schulleitung das Landesschulamt informiert wird. Auch gibt es die Möglichkeit eines Ordnungsgeldes durch das Ordnungsamt.

Auf Nachfrage, wie mit der Beschulung von Kindern in der Clearingstelle umgegangen wird und wie weit diese Kinder bereits an Schulen vermittelt wurden, erläutert **Herr Krüger**, dass das Landesschulamt die Kinder bis zu 18 Jahren nach Feststellung des Bildungsstandes den Schulen zuweist. **Stadtrat Müller** weist darauf hin, dass er bei einem Besuch der Clearingstelle festgestellt hat, dass dort kein Unterricht stattfindet. **Herr Krüger** informiert, dass die Beschulung natürlich erst mit Einsetzen der Schulpflicht erfolgt. Ebenfalls auf Nachfrage antwortet **Herr Krüger**, dass die Aufteilung der Flüchtlingskinder nach Klassenstufen nicht bekannt ist.

**Der Ausschuss für Bildung, Schule und Sport** stellt folgenden Antrag an die Verwaltung:

Bis zur Sitzung des Ausschusses für Bildung, Schule und Sport am 09.02.2016 ist durch die Verwaltung eine aussagefähige Übersicht über die Beschulung von Migranten vorzulegen.

Der Antrag wird mit **7:0:0 Stimmen** genehmigt.

## 5. Beschlussvorlagen

---

- 5.1. Fortschreibung Schulentwicklungsplan allgemein bildende Schulen/Veränderung von Schulbezirken  
Vorlage: DS0509/15
- 

Wie eingangs der Sitzung festgelegt, wird zeitgleich mit der Drucksache auch die Information I0334/15 behandelt.

**Stadtrat Canehl** beantragt zu Beginn, zum Thema Schulentwicklungsplanung allen anwesenden Schulleitern von Grundschulen und anderen Schulen sowie Elternvertretern Rederecht zu erteilen.

**Der Vorsitzende** schlägt als Verfahrensweise vor, zunächst die Drucksache durch den Fachbereich einzubringen und danach eine grundsätzliche Abstimmung und Diskussion unter den Ausschussmitgliedern zu führen.

**Stadtrat Schindehütte** weist darauf hin, dass nach dem Kommunalverfassungsrecht kein Rederecht für Gäste vorgesehen ist.

Der Antrag zum Rederecht wird mit **3:2:1 Stimmen** genehmigt.

**Stadtrat Müller** schlägt als Alternative eine Auszeit bzw. Pause vor.

**Herr Prof. Puhle, Bg IV**, bringt die Drucksache ein. Er erläutert, dass die Fortschreibung der Schulentwicklung notwendig ist, weil von den 31 kommunalen Grundschulen bei 4 Grundschulen Veränderungsbedarf bei den Einzugsbereichen besteht. Derzeit werden ca. 7.200 Kinder in kommunalen Grundschulen (ohne Freie Schulen und Förderschulen) unterrichtet. Die Kapazität ist ausreichend für 9.100 Schüler. Auch wird sich der Neubau der Förderschule K mit der Beschulung von mehr behinderten Kindern auswirken. Die Flüchtlingssituation ist sehr unübersichtlich und daher nicht prognostizierbar und konnte daher nicht in der Schulentwicklungsplanung dargestellt werden. Über das Jahr 2020 hinaus ist zu erwarten, dass die Schülerzahl absinkt. Die Folge ist, dass es keine verlässlichen Daten als Schlussfolgerung

für Schulneubauten gibt. Die Bestätigung - vorbehaltlich des Stadtratsbeschlusses zur Schulentwicklungsplanung - liegt vom Landesschulamt vor. **Herr Prof. Puhle** bittet die Ausschussmitglieder um Zustimmung zur Drucksache.

**Stadtrat Müller** fragt nach, wieso der Oberbürgermeister die Aussage getroffen hat, dass wir 7 neue Schulen brauchen. Jetzt wird das nicht mehr so gesehen. Auf welcher Grundlage hatte der OB diese Aussage getroffen? Er wirft der Verwaltung Planlosigkeit vor; erst wird abgerissen und zurückgebaut und dann wieder neu gebaut. Er vermisst eine Aussage der Verwaltung zur nicht vorhandenen Erkenntnis über Fehlentscheidungen, die in der Schulentwicklungsplanung getroffen wurden.

Außerdem weist **Stadtrat Müller** darauf hin, dass es einen Stadtratsbeschluss gibt, einmal jährlich eine gemeinsame Sitzung zwischen dem Jugendhilfeausschuss und dem Bildungsausschuss durchzuführen.

**Herr Prof. Puhle** erläutert, dass Prognosen zu der Flüchtlingssituation heute wie auch im Herbst 2015 schwierig sind bzw. waren. Z. B. haben rund zwei Drittel der Flüchtlinge die Landeshauptstadt schon wieder verlassen. Das war so nicht vorhersehbar. Er bittet dafür um Verständnis. Die danach eingetretene Geburtenentwicklung, die Umzüge und der Zuzug von Einwohnern nach Magdeburg haben sich so nicht absehen lassen.

**Der Vorsitzende** macht deutlich, dass der OB mit seiner Aussage, dass mehr Schulen gebraucht werden, sicher informieren wollte, dass mit Folgekosten zu rechnen ist.

**Herr Krüger**, erklärt, dass für die Schulentwicklungsplanung Regularien gibt, die einzuhalten sind. Der Bedarf kann nur anhand des Status Quo von geborenen Kindern ermittelt und fortgeschrieben werden. Abstimmungen mit den Ämtern sind erfolgt.

Auch **Stadtrat Mewes** stimmt zu, dass die einzig reale Planungsgröße die Geburtenzahl ist. Prognosen sind hier, wie auch bei den Flüchtlingszahlen, äußerst schwierig. Weniger Geburten bedeuten weniger geborene Mädchen und daraus resultierend dann auch wieder weniger Geburten. Er ist froh über 600 Schüler, die unsere Schulen jetzt mehr besuchen. Er kritisiert allerdings, dass eine Veränderung nur bei vier Grundschulen gesehen wird. Warum ist die neue Zuordnung genau hier notwendig? Die Clusterbildung wurde im Stadtrat abgelehnt.

**Herr Krüger** erläutert, dass die neue Zuordnung an den vier Grundschulen durch einen Geburtenzuwachs notwendig wurde. Es ist mit der Veränderung der Schuleinzugsbezirke eine bessere Auslastung der Schulen angestrebt und eine Überbelastung von Schulen soll damit vermieden werden. Die Kapazitäten der Schulen sind damit besser auszuschöpfen. Spielraum gibt es hier aber auch, z. B. durch den Geschwisterbonus. Die Bedingungen für die vier Grundschulen werden sich dadurch verbessern.

**Stadtrat Canehl** sieht hier ein selbstgemachtes Problem. Für ihn ist das kein Schulentwicklungsplan und auch keine Infrastrukturplanung. Fest steht, dass 15 % aller Magdeburger pro Jahr umziehen; dies ist sehr viel. Die Einbeziehung des Stadtplanungsamtes wäre sehr wichtig gewesen, weil die Entwicklung besser sichtbar gewesen wäre. In Stadtfeld-Ost und in Ottersleben gibt es einen Zuzug von Familien mit kleinen Kindern. Auch im Schlachthof-Gelände werden viele neue Einfamilienhäuser gebaut; hier ist dann auch wiederum mit vielen Kindern zu rechnen. Dies wurde auch mit dem Stadtplanungsamt nicht abgestimmt. Auch weil man weiß, dass der Neubau einer Schule mehrere Jahre dauert, sollte im Schlachthof-Areal eine neue Schule gebaut werden. Bezüglich der Flüchtlingssituation ist es eine Tatsache, dass die Zahl der Kinder zunehmen wird. Hier gibt es spezielle Bedürfnisse. Gibt es Vorgaben, z. B. für Unterrichtsräume und wurden diese eingehalten?

**Der Vorsitzende** informiert, dass derzeit täglich 2.000 bis 2.500 Flüchtlinge in Deutschland eintreffen. Davon sind allerdings 80 % Männer.

**Herr Krüger** weist darauf hin, dass sich mit dem Stadtplanungsamt abgestimmt worden ist. Außerdem wurden statistische Daten durch den Fachbereich 40 zugrunde gelegt. Neubauten in Ottersleben und im Schlachthof-Areal sind gegenüber dem Landesschulamt nicht begründbar; müssten aber von dort genehmigt werden.

**Herr Prof. Puhle** führt aus, dass der Bestand an Förderschulen mit dem Neubau der FÖSK durch das Land nicht gefährdet ist.

Außerdem weist er darauf hin, dass die Ausrichtung der Schulpolitik in den nächsten Jahren nicht abgeschätzt werden kann.

**Herr Krüger** informiert, dass es im Land Sachsen-Anhalt eine Schulbaurichtlinie gibt, nach der 2 m<sup>2</sup>/Schüler empfohlen werden. Auch sollen in einer Klasse nicht wesentlich mehr als 28 Schüler unterrichtet werden. Das Landesschulamt überprüft das. An drei der 31 Standorte waren diese Bedingungen nicht gegeben.

**Stadtrat Mewes** beantragt die Beendigung der Rednerliste.

Dieser Antrag wird mit **3:2:2 Stimmen** genehmigt.

**Stadtrat Schindehütte** beklagt die Schulsituation in Ottersleben. Vor 14 Jahren wurde die Schule hier eröffnet und die Außenstelle vor 8 Jahren. Diese sollte aber nur temporär sein. Die Schulentwicklungsplanung sieht hierfür aber keine Lösung vor; das Problem bleibt bestehen.

**Stadtrat Schindehütte** erklärt, dass folgende Dinge nicht in der Schulentwicklungsplanung enthalten sind:

- Räume für Schulsozialarbeiter
- Lehrerzimmer
- Platzbedarf für ADHS-Kinder
- Berücksichtigung von Flüchtlingskindern
- Inklusion
- Stellungnahmen des Stadtelterrates, des Stadtschülerrates, des Behindertenbeauftragten und der Kinderbeauftragten.

**Herr Krüger** erläutert bezüglich der Situation in Ottersleben, dass damals kein Bedarf einer neuen Schule gesehen wurde. Durch die Änderung der Schulbezirke ist eine Dreizügigkeit in der Grundschule Ottersleben angestrebt.

Zur Schulentwicklungsplanung erklärt er, dass selbstverständlich Lehrerzimmer zu jeder Schule gehören. Eine komplette Inklusion ist nicht zu erwarten. Hier entscheidet der Elternwille. Bezüglich der fehlenden Stellungnahmen weist er darauf hin, dass diese bereits bei der mittelfristigen Planung eingeholt wurden; dies wurde bei der Fortschreibung nicht wiederholt und auch nicht für notwendig erachtet.

**Frau Thäger, Kinderbeauftragte**, beklagt, dass sie nicht beteiligt wurde. Die Veränderung der Schuleinzugsbereiche an den vier Grundschulen hat weitreichende Folgen. Sie fragt nach, ob an den betroffenen Schulen die Gesamtkonferenzen beteiligt wurden. Hier gibt es erhöhten Klärungsbedarf vor Ort. Sie versteht, dass die Prognosen sehr schwer sind. 600 Flüchtlingskinder sind sehr viel. Wie viele Sprachklassen gibt es? Auch das Raumkonzept verändert sich nach der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung.

**Herr Krüger** erklärt, dass keine Beteiligung der Gesamtkonferenzen bzw. der Schülerräte vorgesehen ist. Es handelt sich auch nur um kleine Veränderungen gegenüber der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung. Die betreffenden Schulen sind überlastet; daher die Umleitung an Schulen mit freien Kapazitäten.

Bezüglich der Sprachklassen/Sprachgruppen informiert **Herr Krüger**, dass diese durch das Land erweitert werden.

**Frau Thäger** fragt nach, ob der Geschwisterbonus gesichert ist. **Herr Krüger** bejaht das, es ist aber eine Genehmigung durch das Landesschulamt erforderlich.

**Frau Jäger** möchte wissen, ob mit den aufnehmenden Schulen Rücksprache gehalten wurde.

**Herr Krüger** informiert, dass die Grundschulen über die vorgesehenen Veränderungen informiert wurden.

**Stadtrat Hausmann** sieht die Veränderung unter Nr. 1) der Drucksache als unkritisch an. Zu Punkt 2) gibt es großen Informationsbedarf, den man nicht unterschätzen sollte. Wenn hier viele Ausnahmeanträge zu erwarten sind, sollte man die Zuschneidung der Schulbezirke nochmals überdenken. Zu den Punkten 3) und 4) sind Änderungsanträge zu erwarten.

**Stadtrat Müller** kritisiert ebenfalls, dass die Beauftragten nicht einzogen wurden. Bezüglich der Grundschule „Leipziger Straße“ sind die Platzprobleme schon seit längerem bekannt. Wie wird mit der Doppelnutzung der Räume durch Schule und Hort umgegangen? Außerdem ist er unzufrieden damit, dass die Flüchtlingssituation in keiner Weise in der Drucksache berücksichtigt wurde. Die Erarbeitung der Prognosen hält er für absolut unzureichend und nicht aussagekräftig.

**Herr Krüger** informiert, dass aus den Schulen keine Rückäußerungen zu den geplanten Veränderungen bei ihm eingegangen sind. Zum Thema Hort führt er aus, dass an allen Grundschulstandorten Horte zu gewährleisten sind. Eine Doppelnutzung der Räume kann nicht immer ausgeschlossen werden; dies ist aber mit den Horten abzustimmen. Er weist nochmals darauf hin, dass die Beauftragten bei der mittelfristigen Planung beteiligt waren.

Bezüglich der Flüchtlingssituation teilt er mit, dass es aufgrund der schwer einschätzbaren Prognose nicht möglich war, diese in die Drucksache einzuarbeiten.

Ende der Rednerliste

**Der Vorsitzende** hält es für wichtig, die Drucksache jetzt abzustimmen und keine Pause zu machen, in der die anwesenden Gäste angehört werden sollen.

**Stadtrat Canehl** bittet darum, die Drucksache zu verschieben. Eine Anhörung sollte noch vor den Winterferien stattfinden.

**Stadträtin Steinmetz** würde auch gern die Beteiligten vorher anhören und ist dafür, die Drucksache zurückzustellen. Allerdings sieht sie auch, dass die Eltern dringend auf eine Entscheidung warten.

**Stadtrat Mewes** weist darauf hin, dass die Drucksache bereits im Jugendhilfeausschuss abgelehnt wurde und sieht auch im BSS keine Mehrheit für eine Empfehlung.

**Herr Zwernemann, Stadtelternrat**, hat den Eindruck, dass die Verwaltung die Vorschläge und Änderungswünsche nicht umsetzen möchte. Er hält eine Anhörung auch für sinnvoll, um die Forderungen und Wünsche der Betroffenen in die Drucksache einzuarbeiten.

**Der Vorsitzende** sieht ebenfalls die Drucksache als nicht bestätigungsfähig an und stimmt keiner Unterbrechung der Sitzung zu.

Die Drucksache wird mit **0:6:1 Stimmen** nicht empfohlen.

## 6. Anträge

---

### 6.1. Fehlende Spielplätze in Sudenburg Vorlage: A0105/15

---

**Frau Andruscheck, SFM**, bringt die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag ein. Sie weist darauf hin, dass der Fachbereich Schule und Sport in die Erarbeitung einbezogen wurde. Die Umsetzung soll nächstes Jahr erfolgen.

Bezüglich der Frage von **Stadtrat Canehl** zu den eingestellten Planungsmitteln für drei Schulhöfe und bezogen auf die Grundschule „Sudenburg“ fragt er, ob bei Schulen eine Mitnutzung von öffentlichen Spielflächen geplant ist. **Herr Krüger** informiert, dass dies die Schulen entscheiden.

**Stadtrat Müller** fragt, wer mit dem Spielplatz Langer Weg beauftragt wird. **Frau Andruscheck** antwortet, dass Kinder aller Altersgruppen beteiligt werden. Eine Information zum Ankauf von Flächen wird vom Liegenschaftsservice eingeholt.

Der Antrag wird mit **6:0:0 Stimmen** empfohlen.

6.2. Fehlende Spielplätze in Sudenburg  
Vorlage: S0247/15

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

6.3. Aktualisiertes Raumprogramm am Schulstandort Helmstedter  
Straße/Amsdorfstraße  
Vorlage: A0133/15

---

Der Antrag wird mit **5:0:1 Stimmen** empfohlen.

6.4. Aktualisiertes Raumprogramm am Schulstandort Helmstedter  
Straße/Amsdorfstraße  
Vorlage: S0276/15

---

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

7. Informationen

---

7.1. Auswertung der Befragungen von Fachkräften der Kinder- und  
Jugendhilfe und Eltern zur Situation von lesbischen, schwulen  
und transgender Kindern und Jugendlichen in der  
Landeshauptstadt Magdeburg 2015  
Vorlage: I0307/15

---

**Frau Ponitka, Amt für Gleichstellungsfragen**, bringt die Information ein. Die Befragung erfolgte in Umsetzung eines Stadtratsbeschlusses und der Oberbürgermeister hatte das Amt 16 beauftragt, die Informationen aus der Umfrage zugänglich zu machen. Die umfangreichen Fragebögen wurden ausgefüllt und ausgewertet. Als Kernaussage ist festzustellen, dass eine Sensibilisierung für das Thema vorhanden ist.

**Frau Jäger** hat Bedenken, ob das Thema bereits bei Kindern im Kindergarten- und Grundschulalter angebracht ist, auch weil Sexualkunde erst in der 4. Klasse unterrichtet wird. **Frau Ponitka** berichtet, dass Kinder in diesem Alter bereits empfindsam sind für dieses Thema und auch für sexuelle Orientierungen. Dies zeigen auch die Erfahrungen der Eltern in Auswertung der Umfrage. Auch seien die Erzieherinnen oft verunsichert im Umgang mit Rollenbildern.

**Stadtrat Müller** fragt nach Schlussfolgerungen aus der Befragung.

**Frau Ponitka** betont, dass die rege Teilnahme an der Umfrage gezeigt hat, dass das Interesse an diesem Thema vorhanden ist. Auch viele Mitarbeiter der Verwaltung und der freien Träger haben sich beteiligt und wünschen Weiterbildungen auf diesem Gebiet. Eltern wünschen sich dagegen vor allen Dingen Anti-Diskriminierungs-Regeln.



**Frau Ponitka** verdeutlicht, dass ein guter Ansatz gegeben ist und vor allem durch Öffentlichkeitsarbeit das Thema verstärkt sichtbar gemacht werden muss.

**Der Ausschussvorsitzende** bedankt sich bei Frau Ponitka für ihre Ausführungen.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

7.2. Zuwegung zur Sudenburger Streuobstwiese  
Vorlage: I0332/15

---

**Stadtrat Müller** kritisiert wiederholt die fehlenden Abstimmungen mit dem Stadtplanungsamt und den Anwohnern.

**Herr Krüger** erklärt, dass es Aufgabe der Verwaltung ist, die Benutzung der Schulhöfe sicherzustellen und eine Gefährdung der Schüler auszuschließen.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

7.3. Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung  
Vorlage: I0334/15

---

Siehe hierzu Punkt 5.1.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

8. Verschiedenes

---

- **Der Vorsitzende** informiert, dass es Probleme am Domgymnasium bezüglich der Austeilung von Schülerfahrkarten für Veranstaltungen am Wochenende gibt. Die Verwaltung wird beauftragt, Informationen einzuholen und in der nächsten Sitzung zu informieren.

- **Stadtrat Müller** bittet um Auskunft, wie der Ersatz der durch den Brand vernichteten Spielgeräte des Hortes der GS "Am Westring" (Hortträger IB) erfolgt.

**Herr Krüger** weist darauf hin, dass es sich um Fremdverschulden handelte und die Versicherungsfrage diesbezüglich geprüft werden muss.

- **Stadtrat Canehl** fragt nach dem geplanten Umzug der Makarenko- in die Grimm-Schule.

**Herr Krüger** informiert, dass die Makarenkoschule ohne Sanierung in die Grimm-Schule einziehen wird. Der Umzug soll in den Sommerferien 2016 erfolgen; vorher wird das Gebäude zum Betrieb der Schule hergerichtet.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Bernd Heynemann  
Vorsitzender

Diana Knobbe  
Schriftführerin

